



Wien, am 30.01.2023

Sehr geehrte Damen und Herren!

Als Proponenten des Volksbegehrens „Impfpflichtabstimmung NEIN respektieren“ nehmen wir zur auszugsweisen Darstellung des Parlaments-Ausschusses für Gesundheit (kurz: Gesundheitsausschuss) sowie dem Bericht des Gesundheitsausschusses im Entwurf wie folgt – aber nicht abweichend, sondern vielmehr ergänzend - Stellung:

1. Zu den Proponenten und dem Volksbegehren bzw. der Impf-Abstimmung:

Die Initiative Gemeinsam Entscheiden (kurz: IGE) ist unabhängig, überparteilich und rein privat finanziert. Mehr als 1,36 Millionen WählerInnen haben bisher mehrere IGE-Volksbegehren und IGE-Abstimmungen unterschrieben!

Ausdrücklich möge hier festgehalten werden, dass gegenständliches Volksbegehren dem Doppelvolksbegehren „Impf-Abstimmung“ zeitlich nachgereiht war, um das Ergebnis „Striktes NEIN zur Impfpflicht“ mit über 80% Zustimmung nochmals einzufordern. Details dazu siehe auch unter <https://www.gemeinsam.eu/>

Alle WählerInnen waren eingeladen, sich sowohl an der Impf-Abstimmung als auch am gegenständlichen Volksbegehren „Impfpflichtabstimmung NEIN respektieren“ zu beteiligen und die Forderung nach dem NEIN zur Impfpflicht als Ergebnis der Impf-Abstimmung nochmals zu untermauern.

Alle relevanten Medien des Landes (APA, ORF, Krone, Kurier, oe24, SN, Presse, etc.) haben die WählerInnen über die Impfpflicht-Abstimmung informiert.

Gleich eingangs dürfen wir festhalten, dass es bereits bei der Abstimmung um mehrere Themen ging: Die Zentrale Forderung, dass die Impfpflicht nicht kommt (bzw. wieder abgeschafft wird): Diesen Punkt dürfen wir zwar als erfüllt betrachten, es wurden aber folgende 2 weitere Forderungen von insgesamt 581.596 Bürger:innen bis dato nicht erfüllt:

Der Bundesverfassungsgesetzgeber möge

- eine Impfpflicht verfassungsrechtlich verbieten und
- jegliche Art der Diskriminierung von Menschen ohne Impfung verhindern!

IGE – Initiative Gemeinsam Entscheiden

Das Parlament ist daher aus unserer Sicht und der Sicht von 581.596 Bürger:innen nunmehr aufgefordert, die oben dargestellten 2 offenen Forderungen des/der Volksbegehren zu erfüllen und entsprechende Verfassungs-Gesetzesanträge zu stellen und zu beschließen.

2. Zu den Expertenhearings:

Beide Experten als Juristen haben bestätigt, dass diese Forderungen noch unerfüllt geblieben sind. Zu den Ausführungen konkret:

ao. Univ.-Prof. Dr. Michael Geistlinger:

Die sehr konkreten Vorschläge, wie die Verfassung geändert werden könnte, sind sowohl durchdacht als auch praktikabel: Es wurde ein Verbot von Impfpflicht(en) und eine Vermeidung von Diskriminierung nicht Geimpfter in Entwürfen für eine Verfassungsänderung sehr nachvollziehbar präsentiert:

- ein Bundesverfassungsgesetz für ein impfpflichtfreies Österreich, wobei man üblicherweise mit der Formel „Der Nationalrat hat beschlossen“ beginnt (also eine bundesverfassungsrechtliche Verankerung eines Verbots von Impfpflichten) sowie
- eine Änderung der Bundesverfassung im Art. 7 Abs. 1 zweiter Satz des B-VG – dort, wo nämlich Behinderte und Nichtbehinderte ausdrücklich vom Gleichheitsschutz erfasst werden – die Worte „von geimpften und nicht geimpften“ anfügt und ergänzt: sowohl durch den Staat als auch durch Private. Weiters: „Diskriminierungen aufgrund des Impfstatus sollen bestraft werden. Das Nähere bestimmen die Gesetze.“

Die genauen Formulierungen mögen von den Fachleuten, die dem Parlament zur Verfügung stehen, erfolgen.

- Das Parlament wird von den Proponenten schließlich ersucht, aus diesen Experten-Vorschlägen eine Gesetzesvorschlage zu erstellen und zu beschließen

Die Proponenten danken Herrn Prof. Dr. Geistlinger ausdrücklich für seine Mühe und sein Engagement.

Univ.-Prof. Dr. Karl Stöger:

Einleitend: „Ich durfte ja selber im Rahmen der entsprechenden Kommission an dieser Beurteilung beratend mitwirken. Daher ist die Covid-19-Impfpflicht in Österreich zuerst ausgesetzt und dann wieder abgeschafft worden.“ Mit diesen Worten disqualifiziert sich dieser „Experte“ gleich von selbst, denn dass er zuerst lautstark die Einführung der Impfpflicht fordert und dann unmittelbar danach bei der Abschaffung mitwirkt, zeichnet den Herrn nicht gerade als charakterlich besonders gefestigt aus.

Weiter im O-Ton: „...dass bereits die jetzige Verfassungsrechtslage einem undifferenzierten Einsatz der Impfpflicht beziehungsweise einer unsachlichen Differenzierung nach dem Impfstatus entgegensteht.“ Danke, also ist eh alles gut, es braucht keine Verfassungsänderung.

IGE – Initiative Gemeinsam Entscheiden

Er strapaziert auch die „Mehrheitsmeinung“ in der Wissenschaft: „Wenn 90% etwas vertreten, kann man dem durchaus folgen, das ist rechtlich völlig anerkannt.“ Die anderen 10% müssen Gegen-Beweise vorlegen. Nun haben aber mehr als 90% aller Länder dieser Welt KEINE Impfpflicht eingeführt, unser Land schon. FRAGE: Hat Österreich beweisen, dass das nötig und sinnvoll war? Bruno Kreisky würde sagen: „Lernen Sie Geschichte:“ Eine Mehrheit irgendwo und irgendwann hat in der Geschichte schon öfter geirrt!

Dieser Herr Professor hat stets der österr. Regierung nach dem Mund geredet und alles nachgeplappert, was politisch vorgegeben wurde. Wir wünschen eine erfolgreiche Karriere, aber wissenschaftlich wird kein Nobelpreisträger mehr aus Herrn Stöger.

Weitere Kommentare zu diesem Experten ersparen wir uns, das haben weder wir als Proponenten noch die 581.596 Bürger:innen nötig.

Zu den Worten von Gesundheitsminister Johannes Rauch:

Herr Minister, auch wenn man immer wieder das Gleiche sagt, wird es nicht richtiger! Ansonsten zum Thema: Perfekter Wendehals, kein Rückgrat, dafür hohe Inkompetenz gepaart mit Durchhaltevermögen und Sitzfleisch. Keine weiteren Fragen, danke.

3. Anmerkungen:

Bis Herbst 2021 schlossen übrigens ALLE Parteien eine Impfpflicht kategorisch aus und folgten damit der bereits in der Bevölkerung erkennbaren Meinung, dass das auch so bleiben soll.

Dann schwenkte Ex-Kurzzeit-Bundeschancellor Schallenberg plötzlich und völlig grundlos am 19. 11. 2021 um 180 Grad um und diskriminierte die Nicht-Geimpften, indem er sie verantwortlich machte, dass die Pandemie nicht zu Ende geht, was ein veritabler Skandal ist! Und er verkündete – in Abstimmung mit den Landeshauptleuten und vielen anderen Politikern – dass eine Allgemeine Impfpflicht kommen wird! Wie bereits viele Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen zur Pandemie wird auch die Allgemeine Impfpflicht komplett zur Farce, spaltet die Gesellschaft weiter und bringt die Demokratie in Gefahr! Österreich verlor erst unlängst den Status „liberale Demokratie“ und wurde zur reinen Wahl-Demokratie (ein Armutszeugnis!) herabgestuft, warum wohl?

In Wirklichkeit rückte Österreich mit der Allgemeinen Impfpflicht in die Nähe von autoritären Diktaturen: Nur dort wird von den Machthabern über einen Volksentscheid von 80% drübergefahren, wenn es das Regime durchsetzen will.

Wie bereits oben erwähnt, führten die Impfpflicht und der unkoordinierte „Zick-Zack-Kurs“ der Regierung bei den diversen Corona-Maßnahmen dazu, dass auch Impfungen gegen Masern, Mumps und Röteln um fast 50% zurückgegangen sind und die Impfungen gegen Hepatitis B um fast 41% und gegen Diphtherie, Tetanus um 32%. Die Impfpflicht ist/war somit extrem kontraproduktiv für das Gesundheitssystem und die Volksgesundheit, wir erleiden gerade einen beträchtlichen „Kollateralschaden“ durch die Impfpflicht.

IGE – Initiative Gemeinsam Entscheiden

Nun ist die Impfpflicht zwar Geschichte, aber es gibt keinen Verfassungs-Schutz, dass diese oder eine nächste Regierung bzw. das Parlament mit einfacher Mehrheit wieder einen solchen Schwachsinn beschließt.

Auch der noch immer anhaltenden Diskriminierung von nicht Geimpften ist kein wirksamer Riegel vorgeschoben. Nur die Verfassung kann hier Schutz bieten und ist es dringend nötig, einen solchen Schutz vor Diskriminierung in der Verfassung zu verankern, siehe oben.

Wir dürfen an dieser Stelle in Erinnerung rufen, dass auch Frau Prof. Laer und Herr Prof. Strasser im gleichen Ausschuss bereits früher ausgeführt haben, dass eine allgemeine Impfpflicht aus fachlicher Sicht abzulehnen ist.

ZUSAMMENFASSUNG:

Der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Dr. Josef Smolle (ÖVP) wird ersucht, einen objektiven, korrekten und vollständigen Bericht an den Nationalrat zu übermitteln, aus dem ersichtlich ist, dass eine Mehrheit der Bevölkerung (über 80%) in einer amtlichen Volksbegehren-Abstimmung gefordert hat:

- **Der Nationalrat möge das Verbot einer Impfpflicht in der Verfassung verankern**
- **Der Nationalrat möge jegliche Diskriminierung von nicht Geimpften verfassungsrechtlich verbieten und unter Strafe stellen**

Um die persönliche Verantwortung der Nationalrats-Mandatare bei dieser Abstimmung einzumachen, möge eine NAMENTLICHE Abstimmung im Parlament erfolgen.

Danke!

Ing. Werner BOLEK

Im Namen von 581.596 Bürger:innen bzw. Wähler:innen und

Als Bevollmächtigter des Volksbegehrens „Impfpflichtabstimmung NEIN respektieren“

<https://www.gemeinsam.eu/>

Schlussbemerkung:

Besonderer „Dank“ gilt dem Abgeordneten Michael Hammer und einigen seiner Kolleg:innen der ÖVP: Nicht einmal während einer Gedenkminute für die österreichische Demokratie im Rahmen der offiziellen Redezeit des Proponenten Anatolij Volk ist es Ihnen gelungen, aufzustehen und einmal ganz kurz still zu sein...Chapeau – Hut ab!

